Stand: 07.09.2026 02:39:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/34

"Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben - Sofortprogramm Geothermie umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/34 vom 29.11.2023
2. Beschluss des Plenums 19/62 vom 30.11.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 5 vom 30.11.2023

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.11.2023 **Drucksache 19/34**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Laura Weber, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Patrick Friedl, Mia Goller** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben – Sofortprogramm Geothermie umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Sofortprogramm aufzulegen, um dem zum Erliegen gekommenen Geothermieausbau in Bayern wieder Schwung zu verleihen. Das Sofortprogramm soll mindestens folgende Maßnahmen enthalten:

– Auflage eines Kreditprogramms für Kommunen, zur Finanzierung der hohen Anfangsinvestitionen bei Nahwärmenetzen für Geothermiewärme
– Einführung einer Ausfallbürgschaft bei Tiefenbohrungen
– Start einer landesweiten Seismik-Kampagne und einer flächendeckenden Erkundung der Geothermie-Potenziale
– Beseitigung von genehmigungstechnischen Hürden, die in anderen Bundesländern aufgrund neuer Techniken längst abgeschafft wurden und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Begründung:

Bayern sitzt auf einem riesigen Wärmeschatz. Wir haben z. B. ein großes geothermales Wärmevorkommen im Süden, das sogenannte Molassebecken, das wir für die Wärmegewinnung nutzen können. Bis zu 40 Prozent des gesamten Wärmebedarfs Bayerns könnten mithilfe der Wärme aus einer Tiefe von über 400 Meter in Südbayern gedeckt werden. Neben diesen hydrothermalen Potenzialen gibt es aber flächendeckend in Bayern petrothermale Vorkommen der Tiefengeothermie. Zudem kann neben der tiefen Geothermie auch Wärme aus oberflächennäheren Schichten gewonnen werden. Insgesamt besteht somit in Bayern ein Potenzial, 75 Prozent der benötigten Wärme zum Heizen unserer Häuser über Erdwärme bereitzustellen. Doch dieses große Potenzial ist bislang weitestgehend ungenutzt. Lediglich 0,5 Prozent des Wärmebedarfs wird derzeit mithilfe der Geothermie gedeckt.

Neben der Bohrung stellt v. a. der Bau des notwendigen Wärmenetzes für die jeweilige Kommune eine enorme finanzielle Herausforderung dar, die sehr oft nicht gestemmt werden kann. Hier würde ein Finanzierungsprogramm über die bayerische Landesbank große Unterstützung leisten. Ebenso ist bei Tiefenbohrungen immer ein gewisses Risiko gegeben für eine sog. Leerbohrung. Eine Ausfallbürgschaft durch den Freistaat könnte bei den seltenen Fällen das Risiko abfedern.

Bayern ist in der Tiefe noch weitestgehend unerforscht. Lediglich in Bereichen, die für Rohstoffexploration (v. a. Erdgas, Erdöl) infrage kamen, liegen Daten vor. Der Start einer flächendeckenden Erkundung ist deshalb dringend nötig.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Andere Bundesländer bieten für die Erschließung der Geothermie-Potenziale weitaus bessere gesetzliche Grundlagen. Eine stockwerksübergreifende Bohrung ist im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Bayern weitestgehend verboten, obwohl heute moderne technische Maßnahmen Schadensfälle nahezu ausschließen kann. Diese Hürden in den Genehmigungsverfahren sind zu beseitigen und die Dauer zu verkürzen.

Die oberflächennahe Geothermie fristet ein Schattendasein in Bayern. Und bei der Tiefengeothermie gab es in den vergangenen zwei Jahren trotz bester Ausgangsbedingungen keinerlei Zubau, weshalb Bayern seinen bundesweiten Spitzenplatz im Hinblick auf den Zubau verloren hat. Um wieder Schwung in den Ausbau dieser Zukunftstechnologie zu bringen, und somit den Wärmeschatz im Untergrund endlich zu heben, bedarf es eines Sofortprogramms für die tiefe und die oberflächennahe Geothermie.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.11.2023 **Drucksache** 19/**62**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Laura Weber, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Patrick Friedl, Mia Goller** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/**34**

Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben – Sofortprogramm Geothermie umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Ludwig Hartmann
IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Martin Mittag
Abg. Johannes Meier
Abg. Werner Schießl
Abg. Florian von Brunn
Staatsminister Thorsten Glauber
Abg. Martin Böhm

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben - Sofortprogramm Geothermie umsetzen (Drs. 19/34)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Beste Ausgangsbedingungen, ein echter Wärmeschatz unter unseren Füßen – das Molassebecken im Süden von Bayern hat das Potenzial, dass wir allein dadurch 40 % unseres Wärmebedarfs in Bayern decken.

Nun könnte man denken: Dann läuft ja alles. – Was aber ist passiert? Der Titel "Champion Tiefe Geothermie" ging in diesem Jahr an das Bundesland – Mecklenburg-Vorpommern! Mecklenburg-Vorpommern hat in Sachen Geothermie ausgebaut und den Preis eingeheimst.

Und in Bayern? – Kein einziges Geothermieprojekt in den vergangenen beiden Jahren! Das ist wirklich eine bittere Pille. Angesichts dessen kann man an die Staatsregierung gerichtet nur sagen: Hören Sie auf, immer nur heiße Luft – mit Ihren Reden – zu produzieren, sondern zapfen Sie endlich die heißen Quellen in unserem Untergrund an! Die Geothermie braucht endlich Schwung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir in Bayern haben aber nicht nur die hydrothermale, sondern auch die petrothermale Geothermie, bei der wir heißes Gestein nutzen können. Mit dieser ist es aber genauso: In der Region Bamberg gibt es seit mehreren Jahren ein entsprechendes Projekt. Schon drei Voruntersuchungen sind gelaufen. Es geht jedoch nichts vorwärts. Im Koalitionsvertrag lesen wir, ein Projekt für petrothermale Geothermie in Nordbayern werde "geprüft". Schaut es so aus, wenn Sie sagen, dass endlich Schwung in den

Ausbau der Geothermie kommen soll? Tatsächlich ist es nur ein Hinauszögern. Auch an dieser Stelle gilt wieder: Sie versagen auf ganzer Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann haben wir noch ein drittes Standbein, die oberflächennahe Geothermie. Bei uns gibt es bereits Erdkollektoren, Grundwasser-Wärmepumpen und Erdwärmesonden; mit Wärmepumpen können wir höchst effizient Gebäudewärme erzeugen. Aber auch für die oberflächennahe Geothermie erleben wir Blockaden und den Aufbau von Hürden.

Wenn wir in andere Bundesländer schauen, zum Beispiel nach Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, stellen wir fest: Dort sind in den letzten Jahren die Hürden wirklich beseitigt worden. Dort darf man stockwerksübergreifend bohren. Dort darf man Stopfmittel einsetzen. Dort kann man all diese Maßnahmen durchführen. Der technische Fortschritt ist so weit gediehen, dass wir beides machen können, Grundwasserschutz und Wärmenutzung.

Was sehen wir in Bayern? – Blockade auf ganzer Linie! Hier sind sogar noch Rückschritte erfolgt. Zu dem kleinen Erfolg, den der Umweltminister, Herr Glauber, sich im Juni letzten Jahres auf die Fahne geschrieben hat – wir können jetzt unter einer Bodenplatte bohren –, kann ich nur sagen: Das ist ganz schön, bringt aber nicht den Durchbruch. Daher lautet unsere klare Aufforderung: Beseitigen Sie auch in diesem Bereich endlich die Hürden!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Falscher Landtag! – Zuruf von der CSU: Falsches Bundesland!)

Die neuen Technologien verfügen über ein Riesenpotenzial.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Mit diesen drei Verfahren könnten wir locker 70 % des Bedarfs an Gebäudewärme in Bayern decken, Herr Hofmann. Aber wie ist die Realität? Erst 0,5 % des Wärmebedarfs in Bayern wird durch Geothermie abgedeckt. 0,5 %! Deswegen ist es höchste Zeit – in unserem Dringlichkeitsantrag thematisieren wir es –, ein Sofortprogramm aufzulegen.

Der erste Punkt ist: Wir brauchen ein Bürgschaftsprogramm für Kommunen; denn das Startkapital, das notwendig ist, um Nahwärmenetze aufzubauen, ist sehr, sehr hoch. Daher brauchen wir, zum Beispiel von der LfA Förderbank Bayern, ein Kreditprogramm, mit dem wir entsprechende Projekte in den Kommunen anschieben können. Wir müssen den Kommunen sagen können: Jawohl, ihr könnt mit Unterstützung des Freistaats Nahwärmenetze bauen. – Das ist ein zentraler Punkt.

Der zweite Punkt betrifft eine Ausfallbürgschaft bei Tiefenbohrungen. Ab und zu passiert es, dass eine Leerbohrung stattfindet, nicht allzu oft, aber ab und zu. Herr Zimmer – er ist heute anwesend – hat uns im Ausschuss gesagt, ein Versicherungsportfolio, mit dem das Risiko privatwirtschaftlich abgedeckt werden könne, gebe es gar nicht. Unsere klare Ansage ist also: Hier muss der Staat einspringen und eine Ausfallbürgschaft übernehmen. Was aber tun Sie? – Sie tun wieder gar nichts. Auch im Koalitionsvertrag lesen wir wieder nur eine Wischiwaschi-Aussage. Gewähren Sie endlich diese Ausfallbürgschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt: Wir brauchen endlich eine Seismik-Kampagne für ganz Bayern. Was in der Tiefe Bayerns passiert, wissen wir eigentlich gar nicht. In den letzten Jahrzehnten hatten wir ein paar Rohstoffexplorationen, vor allem dort, wo es um Gas und Öl ging. Für diese Gebiete haben wir Daten. Von anderen Regionen wissen wir nichts. Es dauert zwei bis drei Jahre, bis man eine Seismik umgesetzt hat. Sie verzögern das – unglaublich!

Es ist auch nicht so, dass die Firmen Schlange stünden, um in Bayern unbedingt eine Seismik durchzuführen. Dem ist nicht so. Kommen Sie endlich in die Puschen! Wir brauchen hier eine Seismik, damit wir die Daten zumindest für die Regionen, von denen wir heute schon wissen, dass es dort gute Möglichkeiten gibt, zur Verfügung haben.

Der letzte Punkt: Wir fordern, die Hürden endlich zu beseitigen. Damit sind wir wieder eher bei der oberflächennahen Geothermie. Es ist wirklich irre, dass Sie bei stockwerksübergreifenden Bohrungen nach wie vor blockieren und keine Stopfmittel zulassen. Sie bauen wirklich eine Hürde nach der anderen auf.

Das einzige Wasserwirtschaftsamt in Bayern, das insoweit fortschrittlich ist, ist das Wasserwirtschaftsamt Nürnberg. Sie können im Energie-Atlas nachschauen und werden sehen, dass es dort sehr viele Bohrungen gibt. Aber außen herum findet trotz gleicher Geologie gar nichts statt. An der Grenze zu Baden-Württemberg, in Neu-Ulm, darf man nur 30 Meter tief bohren. Etwas weiter, in Baden-Württemberg, darf man bei gleicher Geologie 200 Meter tief bohren.

Wie kann es sein, dass Sie die Geothermie hier weiterhin so blockieren? Wir sagen ganz klar: Heben Sie endlich die Schranken der Geothermie auf! Schaffen Sie die Hürden ab! Lassen Sie uns diesen Wärmeschatz endlich heben! – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächsten Redner rufe ich für die CSU-Fraktion Martin Mittag auf. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Und täglich grüßt das Murmeltier! Gerade für die neuen Kolleginnen und Kollegen ist das eine Sternstunde gewesen; denn es hat sich wieder einmal gezeigt, wie die GRÜNEN Oppositionsarbeit verstehen. Oppositionsarbeit heißt für die GRÜNEN nicht, sinnvolle Punkte einzubringen und themenbezogene Diskussionen zu führen, sondern Oppositionsarbeit heißt für die

GRÜNEN, erst einmal den erfolgreichen Freistaat Bayern schlechtzureden. Das ist die Meinung der GRÜNEN-Fraktion im Landtag des Freistaates Bayern – erschreckend, aber leider wahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die GRÜNEN sind immer ganz weit vorn dabei, wenn es darum geht zu erzählen, was in Bayern angeblich alles nicht funktioniert. Ich stelle fest: Wir haben nicht nur den Masterplan Geothermie, den Geothermie-Atlas und die Geothermie-Allianz. Damit werden wirklich gute Strukturen geschaffen. Die Sorgen, die wir bei diesem Thema haben müssen, sind hausgemacht, nämlich von den GRÜNEN in Bayern; zur Bundesregierung komme ich gleich noch.

Es gibt verschiedenste Ansätze, die es ermöglichen würden, dass Geothermie in die Umsetzung kommt. Von wem wird es verhindert? – Nicht vom Freistaat Bayern, sondern von Bürgerinitiativen, die durch GRÜNE gesteuert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Vor Ort gilt nämlich immer das Sankt-Florians-Prinzip: Zieh weiter und zünde das Haus des anderen an! – Das sind grüne Politik und grünes Denken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie?)

Wir denken an Bayern – flächendeckend. Das ist auch richtig so.

Ich will ein Beispiel dafür bringen, was die Folgen einer desolaten Wirtschaftspolitik, einer desolaten Energiepolitik und einer desolaten Finanzpolitik in Berlin auch für uns sind.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Eine Folge ist, dass Förderungen, zum Beispiel die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, jetzt einfach ausgesetzt werden. Was bedeutet das für uns? – Ich nehme gern das Beispiel Aschheim, das mir der Kollege vorhin zugerufen hat. Dort bleibt die zweite Bohrung jetzt aus, weil der Bund die Auszahlung des Geldes, das er eigentlich zugesagt hat, nicht mehr leisten kann. Herzlichen Glückwunsch! Das, was die Ampel in Berlin geschafft hat, schadet ganz Deutschland, auch dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie in Bayern?)

Trotz mehrfacher Ankündigung gibt es immer noch keine Fündigkeitsversicherung. Der Bund hat sie lange angekündigt, bekommt sie aber nicht auf die Reihe. Das ist doch genau der Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Wenn es bei solch wichtigen Themen nicht funktioniert, dann wird die Umsetzung tatsächlich ausgebremst. Schuld ist doch nicht der Freistaat Bayern, der für seine Bürgerinnen und Bürger da ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht noch ein Hinweis – auch wenn es sehr, sehr schwierig ist, in Berlin etwas hinzubekommen, zumindest dann, wenn die Regierung von Rot, Grün und FDP gebildet wird –: Um eine Verfahrensbeschleunigung zu erreichen, müsste der Bund Themen aufgreifen. Dazu gehören Themen wie das Energiewirtschaftsgesetz, das Baugesetzbuch, das Bundesberggesetz, das Wasserhaushaltsgesetz und das Naturschutzrecht. Sie haben in Berlin alle Möglichkeiten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie in Bayern?)

– Kollege Schuberl, ich habe es heute schon bemerkt: Sie haben für diese Periode einen Plan. Sie möchten noch mehr sinnlose Zwischenrufe als der Kollege von Brunn in der vergangenen Wahlperiode schaffen. Dabei sind Sie auf einem sehr guten Weg;

das kann ich Ihnen sagen. Sie sind auf einem sehr guten Weg mit den sinnlosen Zwischenbemerkungen, die Sie einfach in den Saal rufen. Machen Sie ruhig weiter so; dieser Titel könnte Ihnen gewiss zuteilwerden. – Kollege von Brunn kommt gerade in den Saal.

Damit möchte ich zum Schluss kommen.Das Thema Energiesicherheit und das Thema Wärmesicherheit in diesem Fall – oder auch die Wärmeentwicklung – sind vom Bund und nicht vom Freistaat Bayern verschlafen und kaputt gemacht worden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie in Bayern?)

Ich bin froh, dass wir in Bayern viel weiter sind, als es der Bund ist, und ich bitte darum, diesen Antrag abzulehnen, weil er überhaupt keinen Sinn macht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Viel Konkretes haben Sie ja nicht gesagt!)

– Sie waren doch gar nicht da, Herr von Brunn. Sie haben es doch gar nicht gehört.

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe die meiste Zeit Ihrer Rede gehört!)

– Aber nicht verstanden.

(Florian von Brunn (SPD): Das war eher unterkomplex!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt keine Zwischenbemerkung vor. – Doch! Gerade ist eine reingekommen, vom Kollegen Martin Stümpfig.

(Zuruf – Martin Mittag (CSU): Nein, nein! Er hat gesagt: Eine Zwischenbemerkung! – Zuruf: Nein!)

– Doch, gerade eben ist eine reingekommen.

(Michael Hofmann (CSU): Er war schon fertig mit seiner Rede! – Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir haben noch ein wenig mit der Technik Probleme!)

– Herr Stümpfig, das war zu spät.

Als nächstem Redner erteile ich Johannes Meier von der AfD-Fraktion das Wort. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst wirklich herzlich bei der Fraktion der GRÜNEN bedanken; denn einen Schatz suchen, das habe ich als Kind schon immer sehr gerne gemacht. Ihr Antrag klingt ja in der Hinsicht wirklich verlockend: "Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben." Ich habe mein Schaufelchen und mein Eimerchen heute leider nicht dabei, aber ich bin Ihnen sehr dankbar, dass wir eingeladen sind, hier mit Ihnen gemeinsam auf diese spannende Suche zu gehen, wenn wir das auch wollen.

Im Antrag geht es aber natürlich in grüner Manier erst mal um Folgendes: Sie wollen natürlich Geld für Ihr Anliegen haben. Sie wollen Geld für ein Kreditprogramm für die Kommunen haben; denn es kostet ja auch sehr viel Geld. Sie wollen Geld für eine Ausfallbürgschaft bei den Tiefenbohrungen haben; denn diese sind, wie schon erwähnt, ja auch nicht immer von Erfolg gesegnet. Auch die anderen Forderungen müssen irgendwie finanziert werden.

Aber von welchem Betrag sprechen wir hier denn? Von welcher Relation zum Nutzen am Ende, von welcher Wirtschaftlichkeit? – Das findet sich in Ihrem Antrag einfach mal wieder nicht, frei nach dem grünen Lebensmotto: Der Steuerzahler wird es schon irgendwie richten.

Der Steuerzahler soll also jeden Misserfolg der Bohrung tragen und mögliche Folgekomplikationen mitfinanzieren, die sich auch gerade in dichter besiedelten Gebieten

mit erheblichen Auswirkungen zeigen können. Da geht es ja nicht nur darum, dass bei der Bohrung der Grundwasserspiegel verändert werden oder Grundwasser verschmutzt werden kann, sondern dass auch wirklich tatkräftige Schäden an der Natur, an der Tierwelt erzeugt werden können. Aber auch das kennen wir ja von Ihren klimarettenden Projekten: Ein bisschen Schwund ist halt immer. – Das ist auch hier Ihr Motto.

So wie bereits erwähnt, kann es auch zu kleineren Erdbeben kommen, natürlich nicht zu großen. Wir brauchen uns keinen Hollywood-Blockbuster vorzustellen. Aber in besiedelten Gebieten kann es schon mal zu Schäden an Gebäuden kommen.

Ich möchte auch gar nicht behaupten, dass das komplett unsinnig ist. Natürlich gibt es Gebiete, wie hier in München, wo es eine sinnvolle Ergänzung darstellen kann. Aber die von Ihnen beschriebene 40-prozentige Abdeckung ist mal wieder ein Wunschtraum, den Sie hier verkaufen möchten. Der existiert nur in der Theorie. Die Technische Universität München beschreibt es auch als in der Praxis nahezu kaum umsetzbar.

Selbst wenn es so kommen sollte: Was ist des Weiteren dann mit dem Strom, mit dem Sie die bezahlbare Wärmeversorgung sicherstellen wollen? – Mir kommt hier immer noch die Schlagzeile der Vonovia in den Kopf, die 70 % ihrer installierten Wärmepumpen gar nicht in Betrieb nehmen konnte, weil schlichtweg die sichere Stromversorgung gefehlt hat. Darüber sprechen Sie auch nicht.

Das ist im Grunde sowieso Ihre ganz persönliche Schatzsuche. Diese Schatzsuche hat auch einen Grund, und zwar Ihre gescheiterte Energiewende.

(Beifall bei der AfD)

Diese gescheiterte Energiewende wollen Sie natürlich wieder mit allen Mitteln verschleiern. Wir haben ein Problem, dann haben wir eine Lösung. Die Lösung ist jedoch

wieder ein Problem. Dann finden wir das nächste Bisschen. Das geht zulasten der bayerischen Bevölkerung.

Sie müssen auch ein bisschen aufpassen, weil Ihre Politik auch andere Fraktionen ausbremst. Die FDP ist schon verschwunden, die SPD wird es wahrscheinlich in ein paar Jahren nachmachen, und irgendwann müssen Sie dann für Ihre eigenen Anträge auch mal geradestehen.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Idee ist also in der Theorie lebendig, aber in der Praxis schwer umsetzbar, und der Steuerzahler soll das mit einem sehr hohen Risiko finanzieren.

Ein geeigneterer Vorschlag wäre das Zusammenspiel. Daher fordern wir als AfD-Fraktion eine sichere, bezahlbare Versorgung mit Energie, die vollumfängliche Rückkehr zum Atomstrom, die Nutzung von Gas, auch die Steigerung der heimischen Biomethanproduktion und der Wasserkraft. Es gibt hier nicht die eine grüne, universale Lösung, die Sie verkaufen möchten, sondern das muss ein vernünftiges Zusammenspiel sein.

So märchenhaft Ihr Antragstitel hier auch ist, ich würde mir manchmal wirklich wünschen, dass Ihre Anträge und diese grüne, ideologisch motivierte Politik eine Geschichte oder ein Märchen wäre, bei dem man am Ende das Buch nimmt, es zuklappt, ins Regal stellt, verstauben lässt und nie wieder herausholt.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. Er ist schlichtweg nicht zielführend, unrealistisch und auch nicht verhältnismäßig.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Werner Schießl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Kollege, ich erteile Ihnen hiermit das Wort.

Werner Schießl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag zeugt erstens von mangelnder Fachkenntnis und verkennt zweitens die wahren Probleme beim Ausbau der Geothermie.

Die GRÜNEN wollen Kredite für Nahwärmenetze, an denen Häuserblocks oder Wohngebiete hängen. Eine Tiefenbohrung speist aber kein Nahwärmenetz. Geothermie versorgt viel größere Gebiete. Das sollte sich langsam herumgesprochen haben.

Von dieser fachlichen Unschärfe abgesehen, ist festzustellen: Die Staatsregierung und allen voran Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger haben den ambitionierten Ausbau der Geothermie längst im Energieplan Bayern verankert und arbeiten längst an einem Kreditprogramm für Wärmenetze. Bayern ist führend in Photovoltaik und Geothermie und hat bereits etliche Vorbild- und Vorzeigeprojekte installiert.

Über staatliche Bürgschaften für Tiefenbohrungen wurde schon zigmal gesprochen. Hier geht es um die Absicherung eines unternehmerischen Risikos. Das Bürgschaftsgesetz verbietet es dem Freistaat, dafür zu bürgen, zumal die Kommunen auch selbst bürgen können. Auch das sollte inzwischen bekannt sein.

Das Fündigkeitsrisiko kann besser über Versicherungen abgesichert werden. Hier ist das Wirtschaftsministerium in Gesprächen. Wir haben aber allem voran im Bund mit einem Versicherungsangebot für verlässliche, aussichtsreiche Geothermieprojekte unsere Hausaufgaben zu machen.

Zur Erkundung der Geothermie: Die Potenziale in Südbayern sind gut bekannt. Eine flächendeckende Erkundung in Nordbayern macht erst Sinn, wenn die Technologie für petrothermale Geothermie entwickelt ist. Daran wird gearbeitet. Die GRÜNEN wollen

hier den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt gehen. Mit ihrem blinden Enthusiasmus kommen sie ins Stolpern.

Die Staatsregierung hat vor einem Jahr das Maßnahmenpaket Geothermie 2050 vorgestellt. Im Koalitionsvertrag hat man das Ziel bekräftigt, bis 2050 ein Viertel der Gebäudewärme in Bayern aus der Geothermie zu gewinnen. In den Ministerien wird an den gesetzten Zielen mit Hochdruck gearbeitet. Während die GRÜNEN praxisfremde Sofortprogramme fordern, sorgt die Staatsregierung für echten Fortschritt.

Ich meine, in ihrem Antrag wollen die GRÜNEN vom eigentlichen Problem bei der Geothermie ablenken. Das eigentliche Problem, sozusagen der Elefant im Raum, ist der Förderstopp für Geothermieprojekte, den die Berliner Ampel mit ihrer verfassungswidrigen Haushaltsführung provoziert hat. Bei der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze geht seit einigen Wochen nichts mehr. Eigentlich schöpft das Programm mit einem Fördersatz von 40 % die rechtlichen Möglichkeiten voll aus.

Liebe GRÜNE, vergeuden Sie nicht Ihre Energie mit blumigen Anträgen im Bayerischen Landtag. Wenn Sie Bayern etwas Gutes tun wollen, dann rufen Sie alle an und setzen Sie sich selbst als Mitglied der Ampel dafür ein, endlich eigene Akzente zu setzen und geeignete Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu schaffen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Darf ich ganz kurz unterbrechen: Es liegt eine Zwischenbemerkung von der AfD vor.

(Zuruf: Ton! Wir hören Sie nicht!)

– Ton bitte!

Es liegt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Martin Böhm von der AfD vor. Möchten Sie die beantworten?

Werner Schießl (FREIE WÄHLER): Ich darf darum bitten, diese anschließend zu beantworten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Okay.

Werner Schießl (FREIE WÄHLER): Die Geothermie-Förderung der Ampel muss schnellstens wieder geöffnet und solide finanziert werden.

Die Fördermittel müssen noch aufgestockt werden. Setzen Sie sich dafür ein, damit die vielen Projekte, die bayernweit in der Pipeline sind, umgesetzt werden können.

Abschließend darf ich sagen: Der Antrag ist aus meiner Sicht abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Verehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sitzen in Bayern auf einer riesigen Wärmflasche und könnten große Teile der Bevölkerung mit bezahlbarer und klimaneutraler Wärme versorgen. Aber die Nutzung und der Ausbau der Geothermie in Bayern kommen nicht voran. In den letzten zwei Jahren ist keine neue Anlage in Betrieb gegangen. Die letzte große Anlage, die in Betrieb gegangen ist, wird durch die Stadtwerke München betrieben, die umgerechnet 100.000 Menschen mit dieser bezahlbaren und klimaneutralen Wärme versorgt.

Die SPD unterstützt das Anliegen, die Geothermie auszubauen. Wir fordern den Aufbau eines Bürgschaftsprogramms, die Ausweisung von Vorzugsgebieten für die Geothermie, die Durchführung geophysikalischer Untersuchungen, die Prüfung eines Explorationsprogramms und weitere Maßnahmen. Wir wollen ein detailliertes Konzept für die Geothermie, die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen sowie mehr Geld für die Geothermie. Das fordern wir schon seit über einem Jahr, nämlich mit unseren Anträgen vom 19. Juli 2022 und vom 30. November 2022.

Da diese Forderungen mit den Forderungen im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ziemlich deckungsgleich sind, stimmen wir natürlich dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Thorsten Glauber. Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geothermie ist in Bayern eine besondere Energie. Bayern hat mit dem Molassebecken von der Donau abwärts bis zum Alpenraum einen Schatz, der für die Gewinnung kostbarer Energie sorgen kann und muss.

Die Geothermie hat zwei Teile: Es gibt zunächst die Tiefengeothermie. Dafür gibt es verschiedene Verfahren, nämlich das hydrothermale, das petrothermale und das Hot-Dry-Rock-Verfahren. Das Letztere kommt in Geretsried zur Anwendung. Wir sprechen hier von Tiefen ab 1.000 Meter abwärts in die Erde hinein. In Geretsried wird zunächst 4.000 Meter in die Tiefe und dann 3.000 bis 4.000 Meter quer gebohrt. Dabei werden Kollektoren in die Erde gesetzt, obwohl dort kein heißes Wasser vorkommt. Beim hydrothermalen Verfahren wird heißes Wasser aus dem Molassebecken gefördert, um ihm die Wärme zu entziehen. Anschließend wird das kalte Wasser wieder an den Boden abgegeben.

Bei der oberflächennahen Geothermie kommen verstärkt das Umweltministerium und die Wasserwirtschaft ins Spiel. Die oberflächennahe Geothermie ist fast in ganz Bayern nutzbar, sowohl über Flächenkollektoren als auch über Wasserentnahmen oder Sonden. Gemeinden und Städte, die die Geothermie nutzen wollen, brauchen beim sogenannten Bohrrisiko Unterstützung. Das Bohrrisiko besteht darin, dass am Ende Ausfälle entstehen könnten. Möglicherweise kann aus einer Bohrung kein heißes Wasser gefördert werden, oder es wird kein heißes Wasser gefunden. Am Ende sind

dann für die Kommunen Millionenbeträge verloren. Deshalb ist es wichtig, dass eine Ausfallbürgschaft ermöglicht wird.

Das wird sich jetzt entscheiden. Jetzt kommt die Nagelprobe. Die Kolleginnen und Kollegen, die den Fraktionen angehören, aus denen die Bundesregierung besteht, können jetzt zeigen, ob sie es ernst meinen. Mit dem nicht vorhandenen Haushalt stehen natürlich auch die Mittel, die der Bund für die Risikoabsicherung zugesichert hat, infrage. Der Bund hat den Ländern eine 40-prozentige Risikoabsicherung zugesichert. Diese Risikoabsicherung muss der Bund den Ländern aber auch tatsächlich zur Verfügung stellen.

Parallel dazu hat der Freistaat Bayern mit der Versicherungswirtschaft eine Lösung gefunden, mit der das Fündigkeitsrisiko durch die Versicherungswirtschaft abgesichert wird. Der Bund muss als Partner für seinen Anteil von 40 % einstehen. Die Versicherungswirtschaft kommt hinzu. Damit werden wir für das Fündigkeitsrisiko eine Lösung hinbekommen. In Bayern wurden bislang 75 Anträge für Tiefengeothermie gestellt. Damit sind Leistungen von 10 bis 60 Megawatt förderbar. Wir könnten dann tatsächlich etwa 100.000 Menschen mit dieser Energie versorgen.

Wir brauchen also zur Absicherung des Fündigkeitsrisikos den Bund. Der Bund muss möglichst schnell einen konkreten Haushalt vorlegen. Dann können wir in den Ländern weiterarbeiten.

Sofern der Haushaltsgesetzgeber, also der Bayerische Landtag, zustimmt, werden wir ein bestimmtes Darlehensvolumen zur Verfügung stellen, um neben der Bohrung und der Förderung der heißen Energie auch das Wärmenetz zu fördern. Wir haben ein zweiteiliges System: Auf der einen Seite entziehen wir Wärmeenergie, auf der anderen Seite brauchen wir aber auch ein Wärmenetz. Dieses wird über die Förderbank LfA unterstützt. Bayern ist hier auf dem Weg. Das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium kennen ihre Aufgaben. Die Regierungsfraktionen haben sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Wir verstärken noch einmal das Personal am Landes-

amt für Umwelt. Das hilft sowohl der oberflächennahen Geothermie als auch der Energiegewinnung. Für beides ist das Landesamt für Umwelt die Fachstelle.

Kolleginnen und Kollegen, bei der oberflächennahen Geothermie schwingt immer die Sorge mit, dass die wasserführenden Schichten sauber bleiben. Anders als andere Bundesländer haben wir in Bayern 2.200 Wasserversorgungsunternehmen. Das Trinkwasser ist somit überall in Bayern ein lokales und regionales Produkt. Die Wasserversorgung ist deshalb überall in Bayern anders als in anderen Bundesländern, in denen die Versorgung von 60 bis 70 Wasserversorgern geleistet wird. Deshalb müssen wir in Bayern immer den Wasserschutz im Auge haben. Wir wollen beides denken, Wasserschutz und Wassergewinnung.

Sie haben beklagt, in Bayern ginge alles zu langsam. Sehen Sie sich einfach mal die letzten drei Jahre an: Ich nenne den brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die dadurch entstandene Energiekrise. Wir hatten im Jahr 2021 2.100 Anträge auf Nutzung oberflächennaher Geothermie, die von den Landesämtern geprüft wurden. Im Zuge des Angriffskriegs stieg diese Zahl auf 3.600 Anträge. Aktuell sind es 5.300 Anträge. Wir haben also 8.900 Anträge.

Jetzt wird immer kolportiert, in Bayern würden die Anträge nicht genehmigt. Von den genannten 8.900 Anträgen wurden 170 nicht genehmigt. Bei 700 Anträgen wurden die Bauherren und die Ingenieure von den Landesämtern dahin gehend beraten, dass der Einsatz einer Sonde nicht möglich wäre, da andernfalls nicht die erforderliche Energie geflossen wäre. In diesen Fällen wurden Kollektoren eingesetzt, die bei einer geringeren Tiefe die nötige Energiedichte bringen.

Der Freistaat Bayern ist daran interessiert, diese Energieform sowohl im Norden als auch im Süden zu nutzen. Wir wollen die Energiewende zum Erfolg führen. Wir wollen das Molassebecken anzapfen. Klar ist: Der Freistaat Bayern, das Wirtschaftsministerium, das Umweltministerium und die Regierungsfraktionen werden hier nicht säumig sein. Wir haben dieses Thema auf der Agenda. Am Ende werden wir bis zum

Jahr 2050 25 % unserer Energie aus der Geothermie beziehen. Ich bitte Sie, uns weiterhin dabei zu unterstützen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen einige Zwischenbemerkungen vor. – Die erste kommt von Herrn Kollegen Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, der Leitfaden "Oberflächennahe Geothermie" stammt aus dem Jahr 2012 und ist somit schon 11 Jahre alt. Offenbar wird er momentan gerade überarbeitet. Erste Frage: Wann ist er denn fertig? Zweite Frage: Warum gibt es in Bayern keine klaren Vorgaben wie zum Beispiel in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, in denen festgelegt ist, was zu tun ist, wenn stockwerksübergreifend gebohrt wird?Die Betriebe können sich dann daran halten und können dann auch tiefere Schichten erreichen.

Sie sagen zu Recht, es gibt einige Tausend Anträge; die Genehmigungen beschränken sich aber immer auf eine Tiefe von 20, 30 Metern. Mehrfach bohren zu müssen, kostet einfach wahnsinnig viel Geld. Da sind wir dann bei Bohrkosten von 15.000, 20.000 Euro, und man hat keinen Ertrag. Das heißt, bei gleicher Geologie kann in anderen Bundesländern 60 Meter tief gebohrt werden. Dann wird es wirklich interessant. Deswegen ist diese Aussage, es wird doch alles genehmigt, falsch. 20, 30 Meter zu erlauben, bringt einfach nichts. Warum erlaubt man das nicht? Welche Erleichterungen sind geplant? Wann kommt endlich die Erlaubnis für die Stopfmittel? Warum haben wir keinen landeseinheitlichen Vollzug? Jedes Wasserwirtschaftsamt macht es anders.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, achten Sie auf Ihre Redezeit, die Minute ist um.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Warum kann man nicht sagen, so wie in Nürnberg sollen es alle machen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Also, wir haben diese Merkblätter seit 2022 mit dem Antragsvolumen, das gewachsen ist, überarbeitet und sind noch dabei, sie zu überarbeiten. Die von mir genannte Zahl, wie viele genehmigt wurden, und die Unterstützung der Bauherrinnen und Bauherren oder Antragsteller zeigt doch, dass der Freistaat das auf dem Schirm hat.

Zur Frage, tiefer als 30 Meter bohren zu können, um am Ende Stockwerkstrennschichten der Wasserführung zu durchbohren: Das Landesamt für Umwelt hat stichprobenartig Bohrungen begleitet und untersucht. Wenn bei begleiteten Bohrungen am Ende keine fachlich korrekte Ausführung erfolgt, die Bohrfirma anders als in der Planung ausführt, entsteht ein Problem. Eine Durchmischung von Wasserschichten, zum Beispiel bei vorgespanntem Wasser, bringt ein Problem mit sich. Ich kann dann nicht einfach sagen – wie Sie behaupten –, ich lasse wie in anderen Ländern einfach drauflosbohren. Wenn Probleme festgestellt werden, müssen diejenigen, die Bohraufträge bekommen, auch ordnungsgemäß arbeiten. Wir haben das mit dem Fachverband mehrmals diskutiert. Wir sind der Meinung, es letztlich so einfach wie möglich zu machen. Wir müssen den Wasserschutz aber auch in größerer Tiefe und die fachliche Ausführung sicherstellen. Wenn dies nicht flächendeckend sichergestellt ist, widerspricht das dem Vorsorgegedanken. Den Vorsorgegedanken müssen wir mit beachten, Herr Kollege Stümpfig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Glauber, ich glaube, die Frage nach der Haftpflichtversicherung, des Haftpflichtrisikos ist ein sehr zentraler Aspekt, um die Akzeptanz von Geothermietiefenbohrungen zu erhöhen. Können Sie uns konkretere Auskünfte geben? Bei der Atomkraft zum Beispiel gibt es nach dem Pflichtversicherungsgesetz über einen ganzen Versicherungspool eine gesetzlich geregelte weitrei-

chende Absicherung. Haben Sie Informationen, wie weit man da vielleicht auch länderübergreifend solche Diskussionen führt, ob gegebenenfalls ein Geothermiepflichtversicherungsgesetz zielführend wäre, um den Bürgern die Angst zu nehmen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Der Bund besichert das Ausfallrisiko bis 40 %. Ich habe beschrieben: Die Münchener Rückversicherung steht für die Kommunen als Versicherer zur Verfügung, um die entstehenden Kosten ab einer Million aufwärts mit einer Ausfallbürgschaft zu besichern. Diese Aufgabe gilt es jetzt zu lösen. Alle anderen Länder stehen vor der gleichen Herausforderung. Die Tiefengeothermie ist mit diesem Risiko behaftet, diese 75 Projekte. Man sieht am Fall Geretsried, wo zweimal nicht erfolgreich gebohrt wurde, dass ein solches Projekt nicht einfach ist. Jetzt soll die dritte Variante, ein komplett anderer Ansatz in der Geothermie, die Lösung bringen. In der Tiefengeothermie bewegt man sich in einem nicht immer von vornherein verstandenen geologischen System. Man sagt immer, alles sei gleich erfolgreich. Das stimmt aber einfach nicht. Das zeigt Geretsried.

Wie der dritte Ansatz läuft, bei dem man im Prinzip einfach einen Kollektor in den heißen Stein legt, macht mich optimistisch. Mit diesem Verfahren könnten wir ganz Bayern nutzen. Dann braucht man nicht mehr das heiße Wasser im Molassebecken, sondern kann die Erdwärme überall anzapfen. Dann verändert sich der Ansatz komplett. Dann wird auch das Thema der Ausfallbürgschaft anders diskutiert werden, weil dann eine Lösung gegeben ist.

Herzlichen Dank und auf gute weitere Beratungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/34 Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Stimmenthaltungen? – Liegen keine vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.